

05.03.2025

Kleine Anfrage 5221

der Abgeordneten Dr. Dennis Maelzer, Christin Siebel, Wolfgang Jörg, Nina Andrieshen, Frank Müller und Sandy Meinhardt SPD

Drohgebärden gegen NGOs und Träger einstellen – Politische Opportunität als Vergabekriterium für Förderung?

Die WAZ-Ausgabe Gelsenkirchen titelt am 27.02.2025 in ihrer Online-Ausgabe¹: „Steuergeld für Organisationen: ‚Müssen genauer hinschauen‘“. Im Artikel wird so auch der CDU-Vorsitzende in Gelsenkirchen zitiert. Es habe Spuren hinterlassen, dass beispielsweise auch die Falken gegen die CDU demonstriert haben, deshalb müsse man prüfen, „ob bestimmte auch in Gelsenkirchen aktive Organisationen Grenzen überschritten haben“. Der CDU-Vorsitzende kündigt darüber hinaus an, dass dies auch politische Auswirkungen bei der „Vergabe von öffentlichen Geldern“ haben könne. Vergaben finden typischerweise im Jugendhilfebereich statt. Es handelt sich also um eine kaum verhohlene Drohung in Richtung von Trägern. In weiterem Zusammenhang benennt er die Falken, die auch gegen die CDU demonstriert hätten.

Im deutschen Bundestag hat die CDU/CSU-Fraktion eine Kleine Anfrage (Bundestagsdrucksache 20/15035) mit 551 Fragen über zu fördernde Organisationen gestellt. Diese Anfrage zielt auffällig auf die Organisationen, die sich kritisch mit rechtsradikalen Tendenzen auseinandergesetzt haben und für Demokratie eingetreten sind. Eine Hinterfragung beispielsweise von wirtschaftsnahen NGOs wird nicht vollzogen. Damit zeigt sich eindeutig: es geht nicht um die grundsätzliche Debatte über Neutralität. Es geht um eine gezielte politische Agenda gegen kritische Stimmen aus dem demokratischen Lager. Auf Landesebene kennt man diese Art der Hinterfragung nur zu gut.

Am 18.02.25 haben zwei Abgeordnete der FDP-Fraktion im Landtag NRW eine Kleine Anfrage (Drucksache 18/12881) zu diesem Komplex gestellt: „Finanzielle Förderung politisch aktiver sogenannter Nichtregierungsorganisationen (NGOs) durch die Landesregierung – Wie groß ist das Problemausmaß und der Umgang mit der steuerlichen Gemeinnützigkeit?“ auch wenn dieser Katalog weniger umfangreich ist, geht er in die gleiche fragwürdige Richtung.

Die Gruppierung, die sonst immer nach der Mittelvergabe an kritische Jugendverbände gefragt hat, reibt sich derweil die Hände. Dass Demokratinnen und Demokraten ihr Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit ausüben, wird durch Parteien skandalisiert und ihnen mit finanziellen Konsequenzen gedroht. Doch die Meinung der anderen muss man aushalten können, die Demokratie lebt von diesem Wettstreit. Auch in Nordrhein-Westfalen ist es bereits zu Demonstrationen gegen die Politik der CDU-geführten Landesregierung gekommen. So haben

¹ <https://www.waz.de/lokales/gelsenkirchen/article408420545/551-fragen-gelsenkirchen-steuergeld-fuer-organisationen-muessen-genauer-hinschauen.html>

mehr als 32.000 Menschen gegen Sozialkürzungen protestiert. Darunter waren ebenfalls zahlreiche gemeinnützige Organisationen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Gibt es in Förderkriterien des Landes Vorgaben, die untersagen, dass Personen oder Organisationen an politischen Demonstrationen teilnehmen?
2. Müssen Jugendverbände, die in NRW gegen rechts demonstriert haben, um ihre Landesförderung fürchten?
3. Sind Abgeordnete oder Gremien der CDU auf die Landesregierung zugekommen, mit der Aufforderung Landesförderungen zu überprüfen?
4. Kann die politische Ausrichtung ein Vergabekriterium bei der Auswahl der Trägerschaft beispielsweise in der Jugendhilfe darstellen?
5. Waren die im Haushaltsentwurf 2025 angekündigten Kürzungen der Globaldotation für die Freie Wohlfahrt eine Reaktion auf die Kritik an der Politik der CDU-geführten Landesregierung?

Dr. Dennis Maelzer
Christin Siebel
Wolfgang Jörg
Nina Andrieshen
Frank Müller
Sandy Meinhardt